

Demokratie – von unten nach oben

Die Fichtelbergerin Astrid Oswald führt als Vorsitzende den Kreisverband der neuen Basisdemokratische Partei Deutschland

FICHELBERG

Als Alternative zu den demokratischen Parteien sieht sich die neue Partei Basisdemokratische Partei Deutschland, die im Juli 2020 in Berlin gegründet wurde. Seit Januar gibt es auch einen Kreisverband Bayreuth-Hof-Kulmbach. Der Kurier sprach mit der Kreisvorsitzenden Astrid Oswald.

Wodurch unterscheidet sich die Basis von anderen demokratischen Parteien?

Astrid Oswald: Sie unterscheidet sich durch die vier Säulen: Freiheit, Machtbegrenzung, Achtsamkeit und Schwarminelligenz. Es ist uns wichtig, dass es eine Demokratie von unten nach oben gibt, bei der Mitglieder und weiter die Bevölkerung miteinbezogen werden sollen. Da gibt die Digitalisierung eine gute Möglichkeit, die Bevölkerung durch Abstimmung miteinzubeziehen.

Nun nennt sich die Partei ja basisdemokratische Partei. Seht es denn so schlecht um die deutsche Demokratie, dass wir eine weitere demokratische Partei brauchen?

Oswald: Ich sehe im Moment keine wirkliche Opposition. Die Regierungsarbeit wird faktisch von den Ministerpräsidenten und der Kanzlerin gemacht. Ein Organ, das in der Verfassung gar nicht vorgesehen ist. Die Grünen und die Linken sind sehr konform und die AfD ist für mich keine Alternative. Aus diesen Gründen

braucht es eine basisdemokratische Partei.

Bei der Gründungsveranstaltung haben sie davon gesprochen, dass (Zitat) wir unsere Grundrechte wieder zurückholen müssen. Sind uns denn die Grundrechte abhandengekommen?

Oswald: Mir geht es um die Gültigkeit der Grundrechte. Die Grundrechte sind noch vorhanden, aber ihre Gültigkeit wird immer mehr übergangen oder ist nicht mehr wirksam. Zum Beispiel die freie Berufsausübung, von der ich als Musikerin selbst betroffen bin, ist nicht mehr möglich. Die Ausgangssperren schränken uns ein. Das neue Infektionsschutzgesetz gibt die Möglichkeit, in die Privatsphäre einzudringen durch die Kontrolle der Quarantäne. Da müssen die Grundrechte wieder voll gültig werden. Sie existieren ja zum Glück noch.

Sie setzen sich ein für eine freie, menschenwürdige und gerechte Zukunft. Bedeutet das denn, dass wir uns in einer unfreien, menschenunwürdigen und ungerechten Situation befinden?

Oswald: Im Moment erlebe ich schon, dass die Menschenwürde abnimmt. Die Gewalt gegen Kinder im häuslichen Umfeld nimmt zu; alte und kranke Menschen müssen einsam sterben. Wo ist da die Menschenwürde. Und Ungerechtigkeit ist, dass sehr viele kleine und mittelständische Firmen in den Abgrund fallen, während

die großen Konzerne die Gewinner der Krise sind.

Sie sagen auch, die Corona-Krise wäre so etwas wie der Katalysator, der viele Schwachpunkte unseres politischen Systems aufzeigt. Wie soll man denn diese Pandemie anders bekämpfen als durch Lockdown und Einschränkungen?

Oswald: Das ist eine sehr weitreichende Frage. Schon lange vor der Krise ist unser Gesundheitssystem kaputtgespart worden. Gott sei Dank noch nicht so, dass es überlastet war. Aber durch die Privatisierung und Wirtschaftlichkeit fehlt es an Personal. Krankenhäuser schließen und Intensivbetten wurden abgebaut. Sogar in der Krise. Das lässt mich schon fragen: Sind das sinnvolle Maßnahmen während einer Pandemie.

Ist es Bestreben Ihrer Partei, die staatlich angeordneten Einschränkungen abzuschaffen?

Oswald: Anliegen unserer Partei ist, dass es um Verhältnismäßigkeiten geht. Dass alles in Zusammenhänge gesetzt wird. Welchen Schaden bringt die Pandemie und welchen Schaden die Maßnahmen. Diese Abwägung fehlt mir in der breiten Diskussion und in der Politik, die sich auf einseitige Expertenmeinungen verlässt. Es ist wichtig, dass es einen breiteren Blick auf die Sache gibt.

Ihre Partei wurde im Sommer 2020 gegründet. Besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der

Gründung und der Pandemie? In der Zeit haben sich ja zahlreiche Querdenker- und Corona-Leugner-Gruppen gebildet.

Oswald: Die Corona-Pandemie hat natürlich viele Blüten hervorgebracht. Darunter auch der Sturm auf den Reichstag. Das ist aber für viele Menschen Grund, gerade zu uns zu kommen.

Auf der Homepage ihrer Partei steht, man wolle die im Grundgesetz verankerten Grundrechte, die seit einigen

Monaten nicht mehr gelten würden, wieder reaktivieren. Diese Sprüche hört man auch von setzten der Corona-Leugner und Querdenker, die behaupten, die Grundrechte seien eingeschränkt, wir hätten unsere Freiheit verloren. Kann ich da eine gewisse Affinität zwischen Ihrer Partei und Querdenkern ziehen?

Oswald: Es ist ja offensichtlich, dass unsere Grundrechte aufgrund der Maßnahmen eingeschränkt sind. Es ist unser Anliegen, dass unsere Grundrechte wieder unsere Grundrechte werden. Wir wollen uns aber abgrenzen von jeglichen Extremen.



Astrid Oswald

Im Internet stößt man aber auf Hinweise, dass die Gruppierung 2020, die gegen „übertriebene Corona-Maßnahmen“ kämpft, auch Beziehungen zu Ihrer Partei hätte, Mitstreiter bei Ihnen Mitglied werden. Also doch Verbindungen zwischen Ihrer Partei und Querdenkern?

Oswald: Menschen von der Partei 2020 kommen gerade deshalb zu uns, weil sie sich in dieser Gruppierung nicht aufgehoben sehen und bei uns basisdemokratisch mitarbeiten wollen.

Wie können Sie dann verhindern, dass auch Corona-Leugner mit rechtsradikaler Gesinnung bei Ihnen landen?

Oswald: Ne gute Frage. Ganz sicher können wir uns natürlich nicht sein. Wir haben aber versucht, in der Satzung Möglichkeiten einzubauen, dass uns das nicht so leicht passiert. Wir nehmen uns auch die Zeit und die Möglichkeit, Gespräche vor der Mitgliedschaft mit den Personen zu führen. Und wir achten als Gruppe darauf, dass der Geist unserer vier Säulen gewahrt wird.

Ausdrücklich ausschließen würden Sie Menschen mit rechtsradikalen Ansichten nicht?

Oswald: Wie wollen wir das verhindern, wenn wir basisdemokratisch sind. Basisdemokratisches Denken impliziert eine Offenheit und es ist nie möglich, sich vor einem Gedanken gut zu schützen. Darum ist es uns wichtig, dass wir uns Zeit nehmen

zum persönlichen Kontakt mit den Mitgliedern, um immer wieder unsere vier Säulen als die Basis unserer Partei deutlich zu machen.

Wo würden Sie denn Ihre Partei im Parteienspektrum verorten?

Oswald: Ich würde uns mitte-links einordnen.

Der Platz ist doch schon mit den Grünen besetzt.

Oswald: Die sind aber leider dem Neoliberalismus sehr angepasst, sodass wir auch grüne Wähler bei uns haben, die von der Politik der Grünen-Partei sehr enttäuscht sind.

Lehnen Sie die Maßnahmen, die zur Eindämmung der Corona-Pandemie erlassen wurden, eigentlich ab?

Oswald: So würde ich das nicht sagen. Aber ich würde infrage stellen, inwieweit die Maßnahmen wirklich das hervorbringen, was man sich wünscht oder ob es tatsächlich sein könnte, dass die Maßnahmen auch überschätzt werden.

Der Kreisverband Hof, Kulmbach, Bayreuth ist neu gegründet, sie sind die Kreisvorsitzende. Wie viele Mitglieder haben Sie denn?

Oswald: Wir haben im Dezember oberfrankenweit begonnen mit circa 15 Mitgliedern. Jetzt haben wir in beiden Kreisverbänden rund 75 Mitglieder. Und jeden Tag kommen neue Mitglieder dazu.

Das Gespräch führte Gunter Becker